

**Sperrfrist:  
25. April 2005  
10:00 Uhr**

**Es gilt das gesprochene Wort**



**Jahresmedienkonferenz vom 25. April 2005**

### **Das Volk entscheidet! – Im Wissen um die Konsequenzen**

Die bilateralen Abkommen und weitere bevorstehende Abstimmungen

Dr. Rudolf Ramsauer, Vorsitzender der Geschäftsleitung economiesuisse

Geschätzte Damen und Herren

Die politischen Entscheide des laufenden Jahres an der Urne haben ausserordentliche Bedeutung für die Schweizer Wirtschaft.

Ich sage es ohne Umschweife:

- Das Jahr 2005 wird zeigen, ob das Schweizervolk sich von Angstmachern – die selbst keine brauchbaren Rezepte haben – verführen lässt;
- oder ob es dem Bundesrat, dem Parlament sowie der grossen Mehrheit von Parteien und Verbänden in der Europapolitik Vertrauen schenkt.

Letztlich geht es um die Frage, ob das Schweizervolk die bilateralen Abkommen und damit den bewährten bilateralen Weg aufs Spiel setzen will.

Aus Sicht der Schweizer Wirtschaft ist die Antwort klar: Unser Land *kann* sich nicht abschotten. Wir *brauchen* zu unserem wichtigsten Handelspartner EU stabile, auf gegenseitiges Vertrauen und Recht bauende Beziehungen. Die bilateralen Verträge sind ein Kompromiss, aber ein sehr vorteilhafter für die Schweiz. Die Abkommen sind eine gute Grundlage für den wirtschaftlichen Austausch mit Europa. Mit einem EU-Beitritt oder auch mit einer Zollunion haben sie nichts zu tun. Deshalb setzt sich die Schweizer Wirtschaft nach Kräften für ein JA ein. Und wir betrachten es als unsere Aufgabe, über die Konsequenzen eines Neins zu informieren.

In unserer Demokratie haben die Stimmberechtigten das letzte Wort – und damit auch eine grosse Verantwortung. Die Schwierigkeit bei vielen langfristigen Entscheiden besteht darin, dass die Zukunft immer mit Unsicherheit behaftet ist. Es gibt keine Garantien. Wir können nur mit Sicherheit sagen, dass in einer Welt, die sich verändert, das Festklammern am Bestehenden kaum die klügste aller Strategien ist. Die Schweiz hat immer in hohem Masse vom Export und vom Austausch mit anderen Ländern profitiert. Und sie wird dies künftig nur können, wenn wir bereit sind, uns in vermehrtem

Masse dem Wettbewerb auszusetzen. Das bringt einerseits Veränderung, ist andererseits eine grosse Chance.

Als Staatsbürger habe ich grosses Vertrauen in das Schweizervolk. Vor fünf Jahren sind die Stimmenden mit einer eindrucklichen Zweidrittelmehrheit auf den bilateralen Weg eingeschwenkt. Warum sollte das Volk diesen erfolgreichen Weg heute wieder verlassen? Dafür gibt es wirklich keinen Grund. Wir betrachten es in den kommenden Monaten als unsere Aufgabe, die Konsequenzen eines Neins zu den bilateralen Abkommen aufzuzeigen. Es darf nicht sein, dass wirtschaftsfeindliche Eiferer die Diskussion der nächsten Monate bestimmen. Eines ist jedoch klar: Trotz der entscheidenden Bedeutung der bilateralen Verträge dürfen wir nicht vergessen, unsere innenpolitischen Hausaufgaben zu machen. Sowohl der Präsident als auch der Vizepräsident von *economiesuisse* haben zentrale politische Bereiche aufgezeigt, wo unser Handeln dringlich ist.

Auch mit Bezug auf den weiteren Abstimmungskalender bleibt der Informationsbedarf gross. Dass vor zehn Tagen beispielsweise die nationalrätliche WAK die Initiative „für eine gentechnikfreie Landwirtschaft“ unterstützt hat, ist absolut unverständlich. Unser Land braucht wirtschaftliches Wachstum. Wir brauchen keine Moratorien und Verbote. Im Gegenteil: Wir müssen uns aus der wirtschaftlichen Stagnation lösen. Moratorien jedoch verkörpern diese Stagnation. Es ist paradox: In der Biotechnologie hat unsere Wirtschaft eine gute Ausgangslage. Und die Biotechnologie als Zukunftstechnologie wird zweifellos in den kommenden Jahren einen wichtigen Beitrag ans Wirtschaftswachstum leisten – und schon wird auf politischer Ebene wieder der Stagnation und dem Moratorium das Wort geredet. Das ist unverständlich und unverantwortlich.

Das Gleiche gilt für eine weitere Initiative der Linken. Die Initiative „Nationalbankgewinne für die AHV“ will Geldpolitik und Sozialpolitik koppeln. Das ist ein ordnungspolitischer Unsinn. Die Unabhängigkeit der Nationalbank ist in der Verfassung garantiert und darf nicht auf dem Altar der Tagespolitik geopfert werden. Dagegen werden wir uns zur Wehr setzen. Die Schweizer Wirtschaft ist an einer handlungsfähigen Nationalbank interessiert, die sich auf ihre wichtigste Aufgabe, die Wahrung der Preisstabilität, konzentrieren kann, ohne immer auch noch einen Seitenblick auf die Finanzierung der Sozialversicherungen werfen zu müssen. Mit Bezug auf die AHV verspricht die Initiative eine sprudelnde Finanzierungsquelle; aber schon aus praktischen Gründen macht es keinen Sinn, die finanzielle Sicherheit der AHV auf den schwankenden Gewinnen der Nationalbank aufzubauen. Selbstverständlich müssen die langfristigen Probleme der AHV angegangen werden, doch ganz sicher nicht mit kurzfristigen Lösungen!

Auch die Initiative „für fairere Kinderzulagen“ belegt, dass die Linke jegliches Augenmass verloren hat. Das Volksbegehren würde die Schweizer Wirtschaft jährlich zusätzlich 6,7 Milliarden Franken kosten. Während es heute doch um die Konsolidierung und Sicherung der Sozialwerke geht, wird immer noch dem Ausbau das Wort geredet. Dies ist unzeitgemäss und für die Unternehmen schlicht nicht bezahlbar. Unsere Anstrengungen müssen darauf ausgerichtet sein, den Standort Schweiz zu stärken – durch solch übertriebene Forderungen wird er geschwächt. Mit Vernunft hat dies nichts zu tun. Und das Parlament schießt über das Ziel hinaus, wenn es zu einer so verfehlten Initiative auch noch einen Gegenvorschlag präsentiert.

Ein weiteres Referendum – diesmal von der gewerkschaftlichen Linken – richtet sich gegen das Arbeitsgesetz. Es will die Uhr zurückdrehen und den Sonntagsverkauf an Bahnhöfen erheblich erschweren. In ihrem Kampf blenden die Gewerkschaften die heutigen Lebensgewohnheiten vollständig aus. Zudem schiessen sie sich mit dem Referendum ins eigene Bein. Denn es trifft die Einkaufsmöglichkeiten auf den Bahnhöfen. Erneut paradoxe Situation: Wird von der Linken sonst keine Gelegenheit ausgelassen, das hohe Lied der Attraktivität des öffentlichen Verkehrs zu singen, so sollen die Bahnhöfe nun sonntags wieder zu Wüsten werden.

Sie sehen, mit Bezug auf die kommenden Abstimmungen bleibt noch viel Informationsarbeit zu leisten. Zunächst entscheidet der Souverän nun am 5. Juni über Schengen/Dublin. Das Abkommen ist ein Schritt auf dem bewährten bilateralen Weg der Schweiz. Schengen/Dublin thematisiert Polizei- und Asylfragen. Für die Stimmberechtigten stehen die verbesserte Sicherheit und die deutliche Entlastung der Bundeskasse im Asylwesen klar im Vordergrund. Doch die Verträge bringen auch der Schweizer Wirtschaft handfeste Vorteile: Stichworte sind ein reibungsloser Grenzverkehr, Vorteile für den Tourismus und den Finanzplatz. Die Schweizer Wirtschaft steht deshalb voll und ganz hinter Schengen/Dublin.